

"Willy Brandt: Europäische Politik für die 80er Jahre" in Die Neue Gesellschaft (1982)

Legende: Willy Brandt, Mitglied des Europäischen Parlaments, erläutert 1982 in der deutschen Zeitschrift Die Neue Gesellschaft die notwendigen Maßnahmen, um das verloren gegangene Vertrauen der Bürger in die Europäischen Gemeinschaften wiederherzustellen.

Quelle: Die Neue Gesellschaft. 1982, Nr. 7; 29. Jg. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft. "Europäische Politik für die 80er Jahre", auteur:Brandt, Willy , p. 619-621.

Urheberrecht: (c) J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"willy_brandt_europaische_politik_fur_die_80er_jahre"_in_die_neue_gesellschaft_1982-de-0cbf87dd-0276-4f99-9baf-c662f8535108.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 03/07/2013

Willy Brandt: Europäische Politik für die 80er Jahre

Während die Bedeutung Europas in der Welt wächst und damit auch das Recht seiner Bürger auf eine stärker konturierte, eigenständigere europäische Politik, verschwimmt im alltäglichen Sichdurchmogeln und Sicharrangieren allzu leicht die historische Dimension des 25jährigen Einigungswerkes. Bei aller Unzufriedenheit und gerechtfertigten Kritik sollte jedoch nicht übersehen werden: Die Europäische Gemeinschaft ist für die Bundesrepublik ohne vernünftige Alternative. Die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft hat unserem Land nicht nur gestärktes ökonomisches, sondern vor allem auch erhöhtes politisches Gewicht verliehen. Sie hat die Aussöhnung mit den Staaten Westeuropas, insbesondere mit Frankreich, beschleunigt. Und sie war eine der Voraussetzungen für das Gelingen unserer auf Entspannung und Ausgleich angelegten Politik gegenüber den östlichen Nachbarn.

Wer heute allzu vereinfacht davon spricht, die Bundesrepublik sei der „Zahlmeister Europas“, übersieht im übrigen auch, in welchem erheblichem Umfang wir als Mitgliedstaat mit dem größten Industriesektor von der wirtschaftlichen Integration profitieren. Immerhin geht inzwischen die Hälfte unserer Exporte in die Staaten der EG, und - worauf ich auch im Bundestag hingewiesen habe - keine noch so gute nationale Wirtschaftspolitik könnte so viele Arbeitsplätze schaffen wie durch den Zerfall der Gemeinschaft vernichtet würden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein vitales Interesse an einer starken und demokratisch legitimierten EG. Für uns Sozialdemokraten bedeutet dies keine neue Erkenntnis und erst recht keine Selbstüberwindung. Wir bekennen uns aus Tradition und aus Verantwortung zu Europa. Und wir wollen, daß die nächsten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die vor der Sommerpause 1984 stattfinden werden, nicht in ein „Votum gegen Europa“ umschlagen.

Um einem drohenden Vertrauensentzug der Bürger gegenüber der Gemeinschaft zu begegnen, gilt es die eingetretenen Fehlentwicklungen, besonders im Agrarbereich, zu korrigieren, die Entscheidungen der europäischen Institutionen durchsichtiger zu machen und die Einigungsbemühungen in Form und Inhalt voranzutreiben.

Das bedeutet zum einen: Die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane muß verbessert werden. Der Ministerrat muß endlich wieder zu dem in den Gründungsverträgen vorgesehenen Prinzip der Mehrheitsentscheidungen als Normalfall zurückkehren, wie es die große Mehrheit des Europäischen Parlaments seit langem fordert. Die jüngsten Agrarpreisbeschlüsse haben in dieser Hinsicht ein wichtiges Zeichen gesetzt. Nicht weniger dringlich ist es, die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments so zu erweitern, daß es seiner Rolle als direkt gewählter Volksvertretung auch entsprechen kann. Und daß es damit in den Stand versetzt wird, hinsichtlich der Gemeinschaftsgesetzgebung die Lücken auszufüllen, die sich durch den Verlust an nationaler parlamentarischer Kontrolle ergeben haben. Schließlich gilt es die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) fortzuentwickeln und mit den vertraglich festgelegten Entscheidungsmechanismen der Gemeinschaft zu verzahnen. Die EPZ hat sich als Instrument einer stärkeren Koordinierung und Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten - genauer gesagt; zwischen ihren auswärtigen Ämtern - bewährt. Allerdings wäre noch mehr inhaltliche Gemeinsamkeit und auch die Fähigkeit wünschenswert, sich neben den Problemen in anderen Teilen der Welt auch der Konflikte vor der eigenen Haustür anzunehmen. Ich nenne die immer noch bedrückend ungelöste Zypern-Frage.

Zum anderen bedarf es zur Vertiefung der europäischen Integration erkennbarer Fortschritte in den ökonomischen Bereichen, in denen nationale Lösungsansätze zu kurz greifen: Die Energie- und die Umweltpolitik, die industrielle Erneuerung und die Umstrukturierung bestimmter Industriesektoren, die wirtschaftspolitische Koordinierung wie bei der Verkürzung der Arbeitszeit - auf diesen Gebieten wird das Erreichte und Erkennbare darüber entscheiden, ob eine Mehrheit der Wähler überhaupt ein Interesse an der EG hat. Bei der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben darf allerdings der Gesichtspunkt des gerechten Ausgleichs nicht zu kurz kommen. Natürlich gibt es Europa nicht zum Nulltarif. Belastungen und Vorteile müssen in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines jeden Mitgliedstaates stehen. Auch gilt es zu prüfen, ob es nicht - wie beim Europäischen Währungssystem - Sinn ergibt, von Fall zu Fall Integrationsfortschritte bereits zu einem Zeitpunkt einzuleiten, an dem sich noch

nicht alle Partner zur Teilnahme hieran entschließen können. Ein differenziertes Vorgehen muß nicht notwendigerweise zu einer Schwächung, sondern kann zu einer Stärkung des europäischen Gedankens führen. Die Konzentration auf einige wesentliche, europäisch sinnvolle und mit den Mitteln der Gemeinschaft in Einklang stehende Aufgabenbereiche wäre verbunden mit einem Gewinn an Bedeutung, Effizienz und Zustimmung.

In einer weiteren Perspektive stellt sich die Frage, ob mit den Ideen und Organisationsformen der 50er Jahre überhaupt eine europäische Politik für die 80er Jahre gestaltet werden kann. Ob es nicht eines neuen Integrationsansatzes bedarf, der - über wirtschaftliche Verflechtung hinaus - abzielt auf die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Entwicklung und Sicherung der regionalen Vielfalt und Eigenständigkeit sowie die Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten des einzelnen in vielen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Hierzu gibt es Anregungen und Vorschläge, die es aufzugreifen und weiterzuentwickeln lohnt.

Die EG-Kommission hat inzwischen ihr drittes Aktionsprogramm zum Umweltschutz vorgelegt, das anstelle der bisherigen Bemühungen um nachträgliche Schadensbehebung von der Notwendigkeit einer vorausschauenden Schadensverhütung ausgeht und Umweltpolitik als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik begreift. Insbesondere die erneut vorgeschlagene Einführung einer auf gemeinsamen Kriterien beruhenden Umweltverträglichkeitsprüfung in allen EG-Staaten - wie sie nicht nur vom Europäischen Parlament, sondern im Mai auch von der Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern gefordert wurde - wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur langfristigen Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Positiv zu bewerten ist die Vorlage eines besonderen Aktionsprogramms der EG-Kommission, mit dem bis 1985 größere Chancengleichheit von Frauen und Männern insbesondere im Erwerbsleben erreicht werden soll. Das Programm - das auf Druck vor allem der weiblichen Abgeordneten im Europäischen Parlament zustande kam, allerdings in seiner finanziellen Ausstattung und rechtlichen Verbindlichkeit noch erhebliche Mängel aufweist - stellt eine erste Antwort der Kommission dar auf eine Grundsatzentschließung des Parlaments vom Februar vergangenen Jahres. In jener Entschließung waren richtungweisende Vorschläge zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und zur partnerschaftlichen Teilung vorhandener Arbeit enthalten.

Es wäre ein spürbarer Beweis für den Integrationswillen der Bundesrepublik, wenn sich die Bundesregierung diese beiden Aktionsprogramme zu eigen machen und sich während der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des nächsten Jahres bemühen würde, den beiden Aktionsprogrammen zur Annahme im Ministerrat zu verhelfen. Auch sollte sie der angekündigten Initiative der dänischen Regierung gegen die Arbeitslosigkeit große Aufmerksamkeit zuwenden und besonders prüfen, wie sich durch gezielte und koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit Voraussetzungen dafür schaffen lassen, daß mehr junge Menschen eine konstruktive Perspektive für ihr Leben entwickeln können.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird sich darüber hinaus weiterhin darum zu bemühen haben, eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen in der Gemeinschaft durchzusetzen. Auch der Beitritt der EG zur Europäischen Menschenrechtskonvention erscheint sinnvoll. Die zusätzliche Absicherung nationaler Grundrechte und mehr Freizügigkeit für alle Gemeinschaftsbürger müssen verbunden werden mit dem Bemühen um die Sicherung und Erweiterung sozialer Grundrechte in einer „EG-Charta der Bürgerrechte“. Wenn für den einzelnen Bürger spürbar wird, daß die Europäische Gemeinschaft ihm mehr Schutz und Entfaltungsmöglichkeiten bietet, wird sich vermutlich die Gleichgültigkeit gegenüber dem Integrationsprozeß leichter überwinden lassen.